Stellungnahme zum Antrag

Nr. AT/0085/2016

Beratung im **Stadtrat** am **10.11.2016**, TOP 25 öffentliche Sitzung

**Betreff: Stellungnahme zum Antrag der CDU-Ratsfraktion:
Informationsveranstaltung für Stadtratsmitglieder zur Reform des Vergaberechts**

Stellungnahme:

Das Vergaberecht hat in der jüngsten Vergangenheit eine Vielzahl von gesetzlichen Änderungen erfahren.

So wurden die EU-Vergaberichtlinie 2014/24/EU und die EU-Konzessionsrichtlinie 2014/23/EU mit Wirkung vom 18.04.2016 in Nationales Recht umgesetzt.

Die Umsetzung des EU-Rechtes erfolgte mit dem Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts, so dass die Kommunen die nachfolgenden Vorschriften mit den darin enthaltenen vergaberechtlichen Änderungen anzuwenden haben:

1. Vergabeverordnung (VgV)
2. Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV)
3. Vergabestatistikverordnung (VegStatVO)
4. Novellierung des Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GwB)
5. Wegfall der VOF
6. Wegfall der VOL/A 2. Abschnitt
7. VOB/A-EU
8. Neufassung VOB/A (National)

Weitere Änderungen für die zur Zeit noch geltende VOL/A 2009 zeichnen sich ab und werden voraussichtlich von der für Anfang 2017 erwarteten „Unterschwelvenverordnung“ abgelöst.

Auf Grund der bereits in Kraft getretenen umfassenden Änderungen in den vorgenannten Verordnungen wurden von der Zentralen Vergabestelle die Amts- und Werkleitungen sowie die mit Vergaben befassten Mitarbeiter/innen in mehreren Seminaren geschult.

Beschlussempfehlung der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt die Zustimmung zum Antrag und wird für interessierte Ratsmitglieder die gewünschte Kurzschulung zu den Änderungen im neuen Vergaberecht zeitnah anbieten.